

*Zum Verbleib beim Bieter bestimmt, nicht mit dem Teilnahmeantrag oder dem Angebot zurückgeben!*

**Genderhinweis:**

*Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird auf die gleichzeitige Verwendung der Sprachformen männlich, weiblich und divers (m/w/d) verzichtet. Sämtliche Personenbezeichnungen gelten gleichermaßen für alle Geschlechter.*

## An alle Bieter

### Besondere Bewerbungsbedingungen für das Verhandlungsverfahren mit vorgeschaltetem Teilnahmewettbewerb gem. § 17 VgV

Sehr geehrte Damen und Herren,

die GSI Helmholtzzentrum für Schwerionenforschung GmbH (im Folgenden „GSI“, Vergabestelle oder „Auftraggeber“) führt ein Verhandlungsverfahren mit vorgeschaltetem Teilnahmewettbewerb gem. § 17 VgV, § 119 Abs. 5 GWB für die Ausschreibung „**44/2600035915: E-Sign Bereitstellung einer webbasierten Cloud-Lösung für elektronische Signaturen**“ zu den nachfolgenden Bedingungen durch:

#### 0. Mitteilung von Unklarheiten in den Vergabeunterlagen

Nach Erhalt der Vergabeunterlagen hat der Bewerber diese auf Vollständigkeit zu überprüfen. Sind die Vergabeunterlagen unvollständig oder enthalten sie nach Auffassung des Bewerbers Unklarheiten, so hat der Bewerber unverzüglich den Auftraggeber vor Abgabe des Teilnahmeantrags über das DTVP darauf hinzuweisen.

## A. Teilnahmewettbewerb

### 1. Bestandteile des Teilnahmeantrags

**HINWEIS:** Klarstellend hebt die Vergabestelle hervor, dass die Begriffe „Bewerber“, „Bieter“, „Anbieter“ und „Auftragnehmer“ jeweils dieselbe (juristische) Person bezeichnen. Bewerber“ heißt es in der Regel im Teilnahmewettbewerb, „Bieter“ in der Angebotsphase. Die „Bewerbergemeinschaft“ und die „Bietergemeinschaft“ werden ebenfalls synonym verwendet. Der Übersichtlichkeit halber findet sich in den weiteren Unterlagen nur der Begriff „Bietergemeinschaft“, auch wenn es um den Teilnahmewettbewerb geht.

Geschäftsführung:  
Prof. Dr. Thomas Nilsson  
Dr. Katharina Stummeyer  
Jörg Blaurock

Vorsitzende des GSI-Aufsichtsrats:  
Ministerialrätin Dr. Andrea Fischer

Sitz: Darmstadt  
Amtsgericht Darmstadt HRB 1528

VAT-ID: DE 111 671 917  
Landesbank Hessen/Thüringen

IBAN DE56 5005 0000 5001 8650 04  
BIC HELA DE 33

Folgende von der GSI mit den Vergabeunterlagen zur Verfügung gestellten Formblätter sind als Bestandteil des Teilnahmeantrags bei der Vergabestelle ausgefüllt einzureichen:

- Dokument „04 Teilnahmeantrag inkl. Eignungsnachweise final.docx“ mit folgenden Formblättern und Mindestanforderungen

**1.1 Teilnahmeantrag**

**1.2 Formblatt Eigenerklärung zur Eignung nach §§ 123, 124 GWB**

**1.3 Formblatt Eigenerklärung MiLoG**

**1.4 Formblatt Eigenerklärung Betriebs-/Berufshaftpflicht**

Die Deckungssumme hat mindestens den doppelten Auftragswert abzuschließen.

**1.5 Formblatt Weitere Angaben zum Bieter**

**1.6 Formblatt Eigenerklärung zur Verordnung (EU) 833/2014**

**1.7 Formblatt Zertifizierungen**

BSI C5 2025, ISO/IEC 27001, ISO/IEC 27018, EN 50600, ISO 9001:2015, ISO 14001 und/oder ISO 50001 oder gleichwertig

Sollte aktuell keine Zertifizierung vorliegen und Sie befinden sich in einem laufenden Zertifizierungsprozess, so ist eine Stellungnahme der Zertifizierungsstelle einzureichen über den Zertifizierungsstand und dem geplanten Zertifikatserhalt.

Die Zertifikate sind spätestens im Auftragsfall (geplant 09/2026) vorzulegen. Spätere Zertifikatsausstellungen führen zum Ausschluss.

**1.8 Unternehmensdarstellung**

**1.9 Referenzen**

Wir erwarten mindestens 3 Referenzprojekte zu den von uns ausgeschrieben Leistungen. Davon muss mindestens eines der referenzierten Projekte

- in einem vergleichbar großen Unternehmen durchgeführt worden sein (Angabe der Unternehmensgröße, MA-Zahl, Lizenzumfang etc.)
- ein öffentlicher Auftraggeber gewesen sein

Die o. g. Anforderungen können auch zusammen in einer Referenz nachgewiesen werden.

Eine weitere Anforderung ist, dass alle eingereichten Referenzen nicht älter als 5 Jahre sind.

NUR wenn zutreffend auszufüllen

**1.10 Eigenerklärung Bietergemeinschaft**

**1.11 Eigenerklärung Unterauftragnehmer**

**1.12 Verfügbarkeitserklärung des Unterauftragnehmers**

- **Anlage zum Vertrag - die Vereinbarung zur Auftragsverarbeitung „00-3 AVV.docx“**

**Eignung: Datenschutz**

Der Bietende muss im Vergabeverfahren datenschutzrechtliche Anforderungen erfüllen, ansonsten ist er vom Vergabeverfahren auszuschließen. Hierfür ist das Dokument „Auftragsverarbeitungsvertrag, siehe 00-3 AVV.docx“ einzureichen. Sofern der Bieter den Zuschlag nicht erhält, wird auch der Auftragsverarbeitungsvertrag nicht geschlossen.

Wenn der Bieter die **Einheitliche Europäische Eigenerklärung (EEE) gem. § 50 VgV** einreicht, müssen **ergänzend** zunächst nur die folgenden der oben genannten Formblätter beigefügt werden:

- Formblatt Unternehmensdarstellung (ausgefüllt, wegen der zusätzlich abgefragten Daten)
- Formblatt zu Verstößen gegen das SchwarzArbG, das AEntG, das AufenthG sowie gegen das MiLoG
- Formblatt Berufshaftpflichtversicherung

Ergänzend weist GSI darauf hin, dass in diesem Fall jedes Mitglied der Bietergemeinschaft und auch jeder Nachunternehmer eine EEE ausfüllen muss.

Folgende Unterlagen sind vom Bewerber zu erstellen und als Bestandteil des Teilnahmeantrags ebenfalls bei der Vergabestelle einzureichen:

- Zertifizierungen gemäß Ziffer 1.7 des Dokuments „04 Teilnahmeantrag inkl. Eignungsnachweise.docx“ oder gleichwertig
  1. **BSI CS 2025** (Cloud Computing Compliance Criteria Catalogue) vom BSI (Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik) herausgegebenen Sicherheitsstandards für Cloud-Dienste **(MUSS-Kriterium)**
  2. **ISO/IEC 27001** - Informationssicherheits-Managementsysteme ISMS **(MUSS-Kriterium)**
  3. **ISO/IEC 27018** - Internationaler Sicherheitsstandard, der als Erweiterung der ISO/IEC 27001 speziell den Schutz personenbezogener Daten (PII) in öffentlichen Cloud-Umgebungen regelt **(MUSS-Kriterium)**
  4. **EN 50600** - Normenreihe, die den gesamten Lebenszyklus und alle physischen Aspekte von Rechenzentren (RZ) umfasst, einschließlich Planung, Bau, Betrieb und Sicherheit. **(MUSS-Kriterium)**
  5. **ISO 9001:2015** - Qualitätsmanagementsysteme (QMS) **(MUSS-Kriterium)**

**6. ISO 14001 und/oder ISO 50001 - Nachhaltigkeitszertifikate für Umweltmanagementsystem (UMS) und / oder Energiemanagementsystem (EnMS) (KANN-Kriterium)**

**Die mit den Vergabeunterlagen zur Verfügung gestellten Formblätter sind – in Abhängigkeit vom Teilnahmeantrag – vollständig auszufüllen. Die Nichtvorlage bzw. unvollständige Vorlage der geforderten Unterlagen sowie wissentlich falsche Erklärungen können zum Ausschluss des Bewerbers von der Teilnahme am Wettbewerb führen. GSI behält sich eine einmalige Nachforderung von Unterlagen innerhalb einer im Nachforderungsschreiben festzusetzenden Frist gemäß § 56 VgV vor. Die Bewerber können sich auf eine Nachforderung aber nicht verlassen. Letztendlich unvollständige Teilnahmeanträge werden ausgeschlossen (§ 57 Abs. 1 Nr. 2, Abs. 3 VgV).**

Bewerber dürfen dem Teilnahmeantrag keine eigenen Vertragsbedingungen zugrunde legen. Änderungen an den Vergabeunterlagen (beispielsweise Streichungen oder Ergänzungen in den zur Verfügung gestellten Unterlagen an dafür nicht vorgesehenen Stellen) sind unzulässig und führen zum Ausschluss vom weiteren Verfahren, § 57 Abs. 1 Nr. 4, Abs. 3 VgV.

Zur Information liegen den Vergabeunterlagen folgende Dokumente bei:

- Leistungsbeschreibung
- Unterlagen zur Angebotsphase (Vertrag, Angebotsbewertungskriterien, Angebotsformblatt inkl. Preiskalkulation)

Diese Unterlagen sind nicht auszufüllen und nicht mit dem Teilnahmeantrag einzureichen. Insbesondere die Unterlagen zur Angebotsphase dienen lediglich der Information und sind nicht auszufüllen und mit dem Teilnahmeantrag einzureichen.

Sollten in der 1. Phase des Verfahrens (Teilnahmewettbewerb) bereits Angebote eingereicht werden, kann dies zum Ausschluss des Bewerbers führen.

**2. Frist für die Abgabe des Teilnahmeantrags**

Die in der Bekanntmachung genannte Frist für die Abgabe der Teilnahmeanträge ist unbedingt einzuhalten. Verspätet eingegangene Teilnahmeanträge werden vom Verfahren ausgeschlossen, es sei denn, der Bieter hat dies nicht zu vertreten (§ 57 Abs. 1 Nr. 1, Abs. 3 VgV).

**3. Anforderungen an die Form des Teilnahmeantrags**

Die Vergabestelle akzeptiert die Abgabe der Teilnahmeanträge allein elektronisch in Textform.

## Hinweis – Elektronisch in Textform

**Die Übermittlung der Teilnahmeanträge in elektronischer Form erfolgt fristgerecht über den Vergabemarktplatz DTVP (Deutsches Vergabeportal).**

URL: <http://www.dtv.de/Center/>

Die von der GSI bereitgestellten Formblätter und sonstigen auszufüllenden Dokumente können

- entweder in der Rubrik „auszufüllende Dokumente“ online im Bietertool ausgefüllt werden oder
- zusammen mit den weiteren vom Bieter separat zu erstellenden Bestandteilen des Teilnahmeantrags bzw. Angebots (Konzepte oder Erläuterungen etc.) lokal ausgefüllt bzw. erstellt und sodann sämtlich in der Rubrik „Eigene Dokumente“ hochgeladen werden.

Die Bieter sollten jedoch nicht die Formblätter online ausfüllen und nochmals separat hochladen, da hierbei Übertragungsfehler geschehen können und der Aufwand auf beiden Seiten erhöht wird.

Zur Wahrung der Textform gemäß § 126b BGB bei der Abgabe der Teilnahmeanträge müssen die Bieter nachfolgende Angaben machen:

- Bei natürlichen Personen ist der vollständige Name (Vor- und Nachname) zu nennen (Name der erklärenden Person im Formblatt Teilnahmeantrag).
- Bei juristischen Personen und Handelsgesellschaften und Gesellschaften sind der Firmenname und die Rechtsform zu nennen. Darüber hinaus ist der vollständige Name des Mitarbeiters/der Mitarbeiterin zu nennen, der/die für die Firma den Teilnahmeantrag abgibt (Name der erklärenden Person im Formblatt Teilnahmeantrag). Das Einfügen eines Firmenlogos reicht nicht aus.
- Bei Bietergemeinschaften ist als erklärende Person im Sinne von § 126b BGB der Mitarbeiter/die Mitarbeiterin des federführenden Mitglieds im Teilnahmeantrag zu benennen, der/die für die Bietergemeinschaft den Teilnahmeantrag abgibt; im Übrigen ist das Formblatt „Erklärung Bietergemeinschaft“ einzureichen.

Zu beachten ist, dass bei elektronischer Einreichung die Textform des § 126b BGB im Vergaberecht nur eingehalten ist, wenn die Teilnahmeanträge über die Vergabepattform verschlüsselt übermittelt werden (vgl. die Information zur eVergabe). **Die Einreichung des Teilnahmeantrags per E-Mail genügt nicht.**

Bei fehlerhaften / unvollständigen Angaben, welche die oben genannten Formvoraussetzungen verletzen, werden die Teilnahmeanträge ausgeschlossen, es sei denn, der Bieter hat dies nicht zu vertreten (§ 57 Abs. 1 Nr. 1, Abs. 3 VgV).

#### **4. Kommunikation mit den Bewerbern**

Die Kommunikation mit den Bewerbern erfolgt über die Ausschreibungsplattform des DTVP. Fragen sind über das DTVP an die GSI zu übermitteln und werden über das DTVP beantwortet. Mündlich bzw. telefonisch gestellte Fragen zu den Unterlagen oder dem Auftragsgegenstand werden nicht beantwortet; mündlich bzw. telefonisch erteilte Antworten sind nicht verbindlich.

#### **5. Sprachen**

Verfahrens- und Vertragssprache ist Deutsch. Die Vergabeunterlagen sind ggf. teilweise in Deutsch und Englisch verfasst, Spezifikationen und technische Anlagen teilweise auch nur in Englisch. Bei Dokumenten, die in Deutsch und Englisch verfasst sind, ist allein die deutsche Fassung verbindlich; die englische Version dient in diesem Fall nur dem besseren Verständnis für ausländische Bieter. Im Falle von Abweichungen zwischen der deutschen Version und der englischen Übersetzung gilt der deutsche Originaltext.

Wenn der Bewerber dem Teilnahmeantrag Eignungsnachweise in einer anderen Sprache beifügt, sind deutsche Übersetzungen mit einzureichen.

## **B. Angebotsphase**

#### **1. Verfahrenshinweise**

GSI wird nach Ablauf der Abgabefrist für die Teilnahmeanträge diese auf Vollständigkeit der eingereichten Unterlagen sowie auf die Erfüllung eventuell in der Bekanntmachung festgelegter Mindestanforderungen überprüfen. Auch nach einer eventuellen Nachforderung werden noch unvollständige Teilnahmeanträge vom weiteren Verfahren ausgeschlossen. Die GSI wird alle Bewerber, die mit dem Teilnahmeantrag ihre Eignung im Sinne von § 122 GWB nachgewiesen haben zur Abgabe eines Angebots in der zweiten Phase (Angebotsphase im Verhandlungsverfahren) auffordern.

In der Aufforderung zur Angebotsabgabe wird auch die **verbindliche Frist für die Abgabe der Angebote** benannt werden. Verspätet eingegangene Angebote werden vom weiteren Verfahren ausgeschlossen, es sei denn, der Bieter hat dies nicht zu vertreten (§ 57 Abs. 1 Nr. 1 VgV).

Die GSI wird die Erstangebote auf Vollständigkeit der eingereichten Unterlagen sowie auf die Erfüllung eventuell in der Bekanntmachung festgelegter

Mindestanforderungen überprüfen. Die GSI wird überdies die Wirtschaftlichkeit der angebotenen Preise prüfen und die Angebote anhand der Zuschlagskriterien (s.u.) vorläufig bewerten.

Der Auftraggeber wird anschließend über die Erstangebote und eventuelle Folgeangebote mit den Bietern verhandeln (nur nicht über die Mindestbedingungen und die Zuschlagskriterien), je nach Bedarf in einer oder mehreren Runden. Die GSI behält sich vor, die Verhandlungen nur mit den drei Bietern zu führen, deren Erstangebote im Rahmen der vorläufigen Bewertung die höchste Punktzahl erhalten haben.

Am Ende der Verhandlungen wird GSI den noch am Verfahren beteiligten Bietern eine einheitliche Frist zur Abgabe der finalen Angebote setzen; über diese finalen Angebote wird die GSI wiederum anhand der festgelegten Zuschlagskriterien entscheiden, ohne nochmals zu verhandeln. Die GSI weist darauf hin, dass der Zuschlag auf einen konkret verhandelten Vertrag erfolgen kann, dessen konkrete Regelungen sich von den mit anderen Bietern endverhandelten Verträgen durchaus unterscheiden kann.

Die allgemeinen Verfahrenshinweise aus Teil A. dieser Bewerbungsbedingungen zu Sprache und Form der Teilnahmeanträge, der Mitteilung von Unklarheiten, zur Kommunikation, zu Bietergemeinschaften und Unterauftragnehmern etc. gelten für die Erstellung und Abgabe der Angebote in Phase 2 entsprechend. Etwas anderes gilt nur, sofern die Regelungen der Natur der Sache nach nur für Teilnahmeanträge gelten können oder im Folgenden oder in der Aufforderung zur Abgabe eines Angebots ausdrücklich abweichende Regelungen für die Angebote enthalten sind.

Auch in Phase 2 gilt: Alle mit den Vergabeunterlagen zur Verfügung gestellten Formblätter und Vorlagen sind vollständig auszufüllen. Die Preisangaben haben auf dem [Angebotsformblatt \(siehe 02 Angebotsformblatt final.docx\)](#) inkl. [Preiskalkulation \(siehe 02-1 Preiskalkulation E-Sign final.xlsx\)](#) zu erfolgen.

Bieter dürfen ihrem Angebot keine eigenen Vertragsbedingungen zugrunde legen. Änderungen an den Vergabeunterlagen (beispielsweise Streichungen oder Ergänzungen in den zur Verfügung gestellten Unterlagen an dafür nicht vorgesehenen Stellen) sind grundsätzlich unzulässig. Die Nichtbeachtung der vorstehenden Vorgaben führt zum Ausschluss des Angebots aus dem Vergabeverfahren, §§ 53, 57 VgV.

Da die Phase 2 dieses Verfahrens ein Verhandlungsverfahren ist, dürfen die Bieter Änderungsvorschläge zum Vertragsentwurf unterbreiten. Konkret bezieht sich diese Möglichkeit der Änderungsvorschläge auf folgende Dokumente:

- Entwurf des Vertrages

Aus Gründen der Nachvollziehbarkeit und Transparenz sind diese Änderungen jedoch in einer Tabelle zusammenzustellen und entsprechend zu kennzeichnen. Nimmt ein Bieter an den Unterlagen Änderungen vor, ohne diese eindeutig zu kennzeichnen, kann er vom weiteren Verfahren ausgeschlossen werden.

Die Mindestbedingungen der Leistungsbeschreibung sind jedoch gemäß § 17 Abs. 10 VgV von Verhandlungen ausgeschlossen.

## 2. Angebotsbestandteile

Alle über das DTVP zur Verfügung gestellten Vergabeunterlagen bilden die Basis für das Angebot.

Folgende dem Bieter mit den Vergabeunterlagen zur Verfügung gestellten Unterlagen sind als Bestandteil des Angebotes bei der Vergabestelle einzureichen:

- Dokument „02 Angebotsformblatt final.docx“
- Dokument „02-1 Preiskalkulation E-Sign final.xlsx“
- ggf. Dokument „00-2 EVB\_IT\_Cloud\_Anlage\_auftragnehmerseitige\_AGB.docx“

Folgende Unterlagen sind von dem Bieter zusätzlich zu erstellen und mit dem Angebot ebenfalls bei der Vergabestelle einzureichen:

- Der Auftragnehmer stellt Testumgebungen, Testdaten und Testfälle bereit
- ggf. Erläuterungen zum Angebot (s.u. Ziff. 6.)
- Ggf. Tabelle mit Änderungsvorschlägen zum Vertrag

Folgende Unterlagen sind ebenfalls Bestandteil des Angebots, verbleiben jedoch beim Bieter:

- EVB-IT Cloud-Vertrag inkl. aller Anlagen und referenzierten EVB-IT AGBs
- Leistungsbeschreibung (bestehend aus den in der Angebotsaufforderung und im Vertrag nochmals aufgelisteten Spezifikationen – bei Widersprüchlichkeiten ist die Listung im Vertrag rechtsverbindlich.)
- VOL/B in der aktuellen Fassung

## 3. Form und Frist

Die Vorgaben zur Form der Teilnahmeanträge (Teil A. Ziffer 3) gelten auch für die Einreichung der Angebote. Die in der Aufforderung zur Angebotsabgabe genannte Frist für die Abgabe der Angebote ist unbedingt einzuhalten. Verspätet eingegangene Angebote werden vom Verfahren ausgeschlossen, es sei denn, der Bieter hat dies nicht zu vertreten (§ 57 Abs. 1 Nr. 1 VgV).



#### 4. Zuschlagskriterien / Angebotsauswertung

Der Zuschlag wird auf das wirtschaftlichste Angebot erteilt. Die zur Wertung zugelassenen Angebote werden anhand der Zuschlagskriterien mit der entsprechend angegebenen Gewichtung gewertet.

Unter Beachtung der allgemeinen Grundsätze der Gleichbehandlung und Transparenz hat der Auftraggeber folgende Zuschlagskriterien festgelegt:

##### 100% Preis

*Der wirtschaftlichste Anbieter wird anhand eines Wertungspreises ermittelt. Die Ermittlung des Wertungspreises wird wie folgt durchgeführt:*

*Der gewichtete Wertungspreis entspricht der Gesamtsumme gemäß Dokument „02-1 Preiskalkulation E-Sign final“, Zeile 41.*

Zur Abgabe des preislichen Angebots ist das **Angebotsformblatt inklusive der Anlage „02-1 Preiskalkulation E-Sign final“** auszufüllen, dessen Vorgaben im Angebotsformblatt selbst und in der Leistungsbeschreibung näher ausgeführt sind.

Für die Leistungserbringung sind ausschließlich die in der Anlage „02-1 Preiskalkulation E-Sign final“ ausgewiesenen Preise maßgeblich.

#### 5. Nebenangebote, § 35 VgV

Nebenangebote sind nicht zugelassen.

#### 6. Erläuterungen zum Angebot

Der Bieter fügt dem Angebot ein Dokument bei, indem er den Gesamtangebotspreis sowie den angebotenen Leistungsumfang detailliert erläutert.

Die in der Leistungsbeschreibung geforderten Mindestanforderungen sind zu belegen.

*Bei den Erläuterungen ist explizit darauf zu achten, dass Sie den Ausschreibungsbedingungen nicht widersprechen.*

#### 7. Gewerbliche Schutzrechte, § 53 Abs. 8 VgV

Sollten für den Gegenstand des Angebots gewerbliche Schutzrechte bestehen oder vom Bieter oder anderen beantragt sein, ist das in den Erläuterungen zum Angebot anzugeben. Sollte ein Bieter erwägen, Angaben aus dem Angebot zum Gegenstand einer Anmeldung eines gewerblichen Schutzrechtes zu machen, ist das in den Erläuterungen zum Angebot deutlich anzugeben.

**8. Hinweis für Wirtschaftsteilnehmer aus Drittstaaten, die keine internationale Übereinkunft mit der EU im Bereich des öffentlichen Auftragswesens geschlossen haben**

Die Vergabestelle weist darauf hin, dass sie sich vorbehält, Wirtschaftsteilnehmer aus Drittstaaten, die keine internationale Übereinkunft mit der EU im Bereich des öffentlichen Auftragswesens geschlossen haben, zu jedem Zeitpunkt des Verfahrens – auch ohne die Angabe von Gründen – auszuschließen. Dies umfasst auch Bietergemeinschaften, an denen mindestens ein solcher Wirtschaftsteilnehmer beteiligt ist. Es betrifft jedoch nicht Fälle, in denen ein solcher Wirtschaftsteilnehmer nur als Subunternehmer geplant ist.

**9. Zuständige Stelle für Rechtsbehelfe, sonstige Hinweise**

Die zuständige Nachprüfungsbehörde ist die

Vergabekammer des Bundes

Villemombler Straße 76

53123 Bonn

Tel.: 0228 9499-0

Fax: 0228 9499-163

E-Mail: [vk@bundeskartellamt.bund.de](mailto:vk@bundeskartellamt.bund.de)

Internet: <http://www.dundeskartellamt.de/SharedDocs/Kontaktdaten/DE/Kontaktdaten/DE/Vergabekammern.html>

Der Bewerber / Bieter wird aufgefordert, die Teile seines Teilnahmeantrags (und später ggf. seines Angebots), die ein Betriebs- oder Geschäftsgeheimnis beinhalten, deutlich zu kennzeichnen. Geschieht dies nicht, kann die Vergabekammer im Falle eines Nachprüfungsverfahrens gegebenenfalls von einer Zustimmung auf Einsicht in seine Unterlagen ausgehen (§165 Abs. 3 GWB). Die GSI ist als Vergabestelle bei der Einleitung eines Nachprüfungsverfahrens dazu verpflichtet, die Vergabeakten der Vergabekammer sofort zur Verfügung zu stellen (§ 163 Abs. 2 Satz 3 GWB).

Bewerber / Bieter haben einen Anspruch auf Einhaltung der bieterschützenden Bestimmungen über das Vergabeverfahren gegenüber dem Auftraggeber (§ 97 Abs. 6 GWB). Sieht sich ein am Auftrag interessierter Bewerber / Bieter durch Nichtbeachtung von Vergabevorschriften in seinen Rechten verletzt, ist der Verstoß innerhalb von zehn Kalendertagen bei der GSI zu rügen (§ 160 Abs. 3 Satz 1 Nr. 1 GWB).

Verstöße, die aufgrund der Bekanntmachung oder der Vergabeunterlagen erkennbar sind, müssen spätestens bis zu der in der Bekanntmachung genannten Frist zur Abgabe der Bewerbungen (bzw. Angebote) gegenüber der GSI geltend gemacht werden (§ 160 Abs. 3 Satz 1 Nr. 2 - 3 GWB).

Teilt die GSI dem Bewerber / Bieter mit, seiner Rüge nicht abhelfen zu wollen, so besteht die Möglichkeit, innerhalb von 15 Tagen nach Eingang der Mitteilung einen Antrag auf Nachprüfung bei der o.g. Vergabekammer zu stellen (§ 160 Abs. 3 Satz 1 Nr. 4 GWB).

Bieter, deren Angebote für den Zuschlag nicht berücksichtigt werden sollen, werden vor dem Zuschlag gemäß § 134 GWB darüber informiert. Ein Vertrag darf erst 15 Kalendertrage nach Absendung dieser Information durch die GSI geschlossen werden. Bei Übermittlung per Fax oder auf elektronischem Wege beträgt diese Frist zehn Kalendertage. Sie beginnt am Tag nach Absendung der Information durch die GSI. Nach Ablauf dieser Frist ist ein Zuschlag möglich, auch wenn eine Frist nach § 160 Abs. 3 GWB noch nicht verstrichen sein sollte. Ein Nachprüfungsantrag müsste daher zur Verhinderung eines Zuschlags vor Ablauf der Frist nach §134 GWB der GSI durch die Vergabekammer zugestellt worden sein.

Die Unwirksamkeit einer Beauftragung kann gemäß § 135 Abs. 1 und 2 GWB nur festgestellt werden, wenn sie im Nachprüfungsverfahren innerhalb von 30 Kalendertagen ab Information über den Vertragsabschluss, jedoch nicht später als sechs Monate nach Vertragsschluss geltend gemacht worden ist. Hat der Auftraggeber die Vergabe im Amtsblatt der Europäischen Union bekannt gemacht, endet die Frist zur Geltendmachung der Unwirksamkeit 30 Kalendertage nach Veröffentlichung der Bekanntmachung der Vergabe im Amtsblatt der Europäischen Union.

Informationen gemäß Art. 13 DSGVO zur Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten im Rahmen unserer Geschäftsbeziehung erhalten Sie unter:

[www.gsi.de/datenschutzhinweise](http://www.gsi.de/datenschutzhinweise)

GSI Helmholtzzentrum für Schwerionenforschung GmbH